

Herr Kolf bedauert die ablehnende Haltung gegenüber dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung von Lehrerstellen in Stellen für Schulsozialarbeiter wegen der Gefahr von möglichem Unterrichtsausfall. Die CDU-Fraktion wollte einen Kompromiss erzielen. Dem ist man nicht gefolgt. Hier sei eine Chance vertan worden. Er habe den Eindruck, dass keinerlei Kompromissbereitschaft bestehe. Herr Kolf befürchtet, am Ende mit leeren Händen dazustehen. Dies könne zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler gehen, für die ein entsprechender Bedarf besteht.

Bürgermeister Dr. Storch berichtet von der Umfrage bei den Schulleitungen in der Schulleiterbesprechung. Überdies sei zu bedenken, dass die Umwandlung von Lehrerstellen in Sozialarbeiterstellen keine Angelegenheit des Schulträgers, sondern der jeweiligen Schulaufsicht ist. Die Eitorfer Schulen können derzeit keine Lehrerstellen umwandeln, weil diese Stellen für den Unterricht erforderlich sind.

Frau Droppelmann merkt an, dass die Personalausstattungsquote an Eitorfer Schulen gerade mal ausreicht, den Unterricht aufrecht zu erhalten. Ein Spielraum sei nicht vorhanden. Überdies sei zu bedenken, dass eine einmal umgewandelte Lehrerstelle auch in den kommenden Jahren umgewandelt bleibt.

Herr Strausfeld berichtet von einer umgewandelten Lehrerstelle an der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule Eitorf, die jahrelang von einem Schulsozialarbeiter wahrgenommen wurde. Zur Frage, ob die Schulaufsicht zur Umwandlung von Lehrerstellen angesprochen wurde, verweist Amtsleiterin Vetter auf die Vorlage. Hiernach wurde die Thematik mit der Schulaufsicht erläutert. Die Schulaufsicht habe auf das Erfordernis unbesetzter Lehrerstellen hingewiesen. Dies ist an den Eitorfer Schulen derzeit nicht der Fall.

Bürgermeister Dr. Storch teilt mit, dass sich die Verwaltung sehr wohl mit der Schulaufsicht in Verbindung gesetzt habe. Die Gemeindeverwaltung habe sich zur Frage der Umwandlung von Lehrerstellen als Schulträger neutral zu verhalten. Die Verwaltung habe deutlich die rechtlichen Hintergründe recherchiert und auch die Schulaufsicht bemüht um die Frage zu klären, welche Möglichkeiten zur Sicherung von Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen. Es wurde Sachaufklärung betrieben. Bedauerlicherweise haben Rückfragen bei den Schulleitungen und der Schulaufsicht nicht zu dem von der CDU-Fraktion erhofften Ergebnis geführt. Bürgermeister Dr. Storch weist den Unterton zurück, die Verwaltung habe nur halbherzig gehandelt.

Schulleiterin Philipps bedauert die Aussage, die Schulleitungen seien nicht kompromissbereit. An Ihrer Schule sei Schulsozialarbeit sehr wichtig. Am Siegtal-Gymnasium gibt es aktuell noch eine Unterrichtsversorgung von 100 %. Im kommenden Schuljahr erfolgt allerdings eine Versetzung von zwei Kollegen. Für sie sei wichtig, erst einmal den Grundbedarf an Unterricht zu sichern, bevor eine Lehrerstelle in eine Schulsozialarbeiterstelle dauerhaft umgewandelt wird. Eine Umwandlung könne zu Unterrichtskürzungen führen, deren Ausmaß man aktuell überhaupt nicht kalkulieren kann.

Amtsleiterin Vetter erläutert im Ausschuss das umfangreiche Verfahren bei der Umwandlung von Lehrerstellen in Schulsozialarbeiterstellen.

Im Folgenden werden die Anzahl der Schulsozialarbeiterstellen sowie die Stundenanteile an den Eitorfer Schulen erörtert.

Bürgermeister Dr. Storch führt aus, dass im Personalausschuss aller Voraussicht nach am 28.08.2018 der SPD-Antrag auf Entfristung der Schulsozialarbeiterstellen behandelt werden soll. Außerdem müssen die Förderanträge zur Finanzierung von Schulsozialarbeit für das Jahr 2019/2020 gestellt werden. Für die Anträge fehlen derzeit noch die notwendigen Beschlüsse über die Finanzierung.

Im September 2018 solle der Rat über die beantragte Entfristung bzw. weitere Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen entscheiden. Hierbei spielt auch die gutachterliche Prüfung zu den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde Eitorf eine Rolle, um die Finanzierung bei entfristeten Verträgen sicherzustellen. Eine Antwort der Kommunalaufsicht zu dieser Frage steht noch aus. Bei der Entfristung ist bedeutsam, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Zur Finanzierung müssen

dauerhaft Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Diese Mittel müssen auch für den Fall vorhanden sein, dass sich das Land aus der Finanzierung zurückzieht.

Hiernach schließt Vorsitzender Schmidt-Kroth den Tagesordnungspunkt.